

Das Plädoyer
für ein atlantisches Europa
hat Tradition

Konrad Adenauer und Amerika

Hans-Peter Schwarz

Es gibt einen interessanten Sammelband des ansonsten etwas überschätzten Eric Hobsbawm, betitelt *The Invention of Tradition*. Darin wird an verschiedensten Beispiele nachgewiesen, wie die britischen Liberalen, die Tories, schottische oder walisische Nationalisten und andere mehr im 19. und im 20. Jahrhundert die Geschichte früherer kurz vorangegangener Epochen für die Ziele der jeweils aktuellen Politik zurechtgeschminkt haben.

Der Titel „Die Erfindung von Tradition“ lässt sich auch auf unser Thema beziehen. Vor ein paar Jahren hat Madeleine Albright Amerika als die „unverzichtbare Macht“ bezeichnet. So nüchtern hat auch Adenauer während der gesamten Kanzlerzeit und zuvor schon die Lage eingeschätzt. Doch was geschieht, wenn sich die zur Pflege seines Andenkens Berufenen der Außenpolitik dieses bedeutendsten Kanzlers erinnern? Sie betreiben (nicht immer, aber doch häufig) – mit Hobsbawm zu sprechen – *the invention of tradition*. Dafür nur ein einziges Beispiel. Andere ließen sich unschwer hinzufügen.

Adenauers Wohnhaus in Rhöndorf ist das, was man mit Fug und Recht ein nationales Monument nennen kann, für die Bundesrepublik durchaus vergleichbar mit George Washingtons Wohnsitz Mount Vernon in Virginia, mit de Gaulles in seiner kärglichen Bescheidenheit so eindrucksvollem Landhaus in Colombey-les-deux-églises oder mit Churchills recht anständigem Landsitz in Chartwell. Eigentlich dürfte an einem solchen Haus nichts verändert werden. Vor allem

müsste es fast bei Strafe verboten sein, auch nur das Geringste nachträglich im Sinn einer manipulativen *invention of tradition* hinzuzufügen. Doch was geschieht?

Auf der Südseite des Landhauses Adenauers in Rhöndorf befindet sich die sogenannte „Kajüte“, ursprünglich eine Terrasse, die dann in das Haus einbezogen wurde. Adenauer hat dort die Bilder zweier Hobby-Maler aufgehängt, die ihm von diesen persönlich zugeeignet worden waren: eine hübsche antike Tempelruine, gemalt vom britischen Premierminister Winston Churchill, und ein Landschaftsgemälde des amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower. Von der „Kajüte“ aus geht der Blick auf einen kleinen Vorplatz und von dort über das tief unten liegende Rheintal. Auf diesem Vorplatz, so haben die heute für die Pflege von Adenauers Wohnsitz zuständigen Gremien beschlossen, wurde nun neuerdings ein lebensgroßes Standbild aufgestellt: Adenauer und de Gaulle, genauer gesagt, de Gaulle und Adenauer, denn ersterer schaut riesengroß und auf den Bundeskanzler gravitätisch herab; der ziemlich hässlich gestaltete Adenauer ist kaum wiederzuerkennen.

Doch nicht der künstlerische Wert dieses Standbildes interessiert in unserem Zusammenhang, sondern die politische Botschaft, die den zahlreichen Besuchern dieser nationalen Gedenkstätte dadurch vermittelt wird. Sie ist eindeutig: die Entente mit dem anti-amerikanischen, zudem auch das integrierte Europa verab-

scheuenden, wenngleich persönlich bedeutenden Staatspräsidenten Frankreichs Charles de Gaulle sei für Adenauer am wichtigsten gewesen. Erinnerungswürdig erscheint allein die enge Verbindung mit Frankreich, denn warum hätte man sonst alle guten Usancen der Denkmalspflege in den Wind geschlagen und dieses Zweier-Denkmal dort hingestellt, wo es nicht hingehört!

Wie gesagt: weitere Beispiele ließen sich dem hinzufügen. Die historisch eigentlich ganz unzulässige, aber auch anderswo begegnende symbolische Reduktion Adenauerscher Außenpolitik auf die für uns und für Europa so wertvolle deutsch-französische Aussöhnung im allgemeinen und die Sympathie für de Gaulle im besonderen hat, das sei nachdrücklich unterstrichen, durchaus gut erklärbare Gründe, deren Erörterung in unserem Zusammenhang allerdings zu weit führen würde. In der Tat war die deutsch-französische Versöhnung immer eines der vorrangigen Ziele Adenauers. Es trifft auch zu, dass Adenauer in den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft und nach dem Verlust des Kanzleramtes zusehends in den Bannkreis de Gaulles geriet bei gleichzeitigem Wachsen des Misstrauens gegenüber den angelsächsischen Mächten. Insofern wird hier erinnerungsgeschichtlich die Spätzeit Adenauers einseitig ikonographisch verherrlicht.

Was hat dies alles nun mit dem Thema „Adenauer und die USA“ zu tun? Sehr viel.

Sicherheitspolitische Prioritäten

Wenn immer, wie geboten, um der historischen Wahrheit willen an die große Bedeutung erinnert wird, die eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich für Adenauer hatte, darf das nicht zu einem ganz einseitigen Verständnis der Gesamtanlage Adenauerscher Außenpolitik führen. Der Rang dieses wirklich außergewöhnlichen Außenpolitikers bestand

eben über lange Jahre hinweg darin, dass er fast über seine ganze Kanzlerschaft hinweg (die Jahre 1962/63 waren eher ein Ausreißer) zwischen den komplizierten Bezugsfeldern und Bezugsgrößen bundesdeutscher Außenpolitik mit bemerkenswerter Feinnervigkeit ein gewisses Gleichgewicht herzustellen verstand:

- atlantisches Bezugsfeld mit Amerika als Hegemonialmacht im Kreis der westlichen Demokratien (er sprach selbstverständlich nicht von „Hege monie“, sondern von „Führung“),
- europäisches Bezugsfeld, bei dem er das Ziel eines teils supranational integrierten, teils multilateral koordinierten Westeuropas im Auge hatte;
- die Pflege enger, nach Möglichkeit freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich, einmal, weil die Überwindung der deutsch-französischen Erbfeindschaft ein Wert an sich war, aber zugleich auch, weil nur so das Bezugsfeld der atlantischen Demokratien und der westeuropäischen Integration funktionieren würde;
- Bemühung aber auch (was vielfach gleichfalls vergessen wird) um England, um das er sich gleichfalls stark kümmerte, hoffnungsvoll bis 1955, zunehmend weniger hoffnungsvoll danach;
- sogar seit dem Staatsbesuch in Moskau im Jahr 1955 auch eine gewisse Bereitschaft zur Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion.

So sehr Adenauer indessen bemüht war, die widersprüchlichen Bezugskreise bundesdeutscher Außenpolitik einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen, so entschieden zeigte er sich aber immer dann, wenn es um die Prioritäten der Sicherheitspolitik ging. Hier orientierte er sich im Konfliktfall primär an den USA. Dazu nun ein paar Stichworte.

Man liest zwar manchmal, mit dem Einsatz für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Rahmen

In einem offenen Wagen fuhren der us-amerikanische Präsident John F. Kennedy, der regierende Bürgermeister von Berlin, Willi Brandt, und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer am 26. Juni 1963 durch Berlin.

© dpa



der Sechs (Frankreich, die Bundesrepublik, Italien und die Benelux-Länder, doch ohne England, das nicht mitmachen wollte) habe Adenauer bereits für eine primär westeuropäische und eben nicht atlantische Organisation bundesdeutscher Sicherheit votiert.

Bis heute wird dieses Märchen von den Befürwortern eines föderalistischen Europas immer wieder einmal aufgewärmt. Bei genauerer diplomatiegeschichtlicher Analyse ist jedoch leicht zu erkennen, dass Adenauer tatsächlich von Anfang an die atlantische Lösung durch Mitgliedschaft in der NATO unter amerikanischer Führung am liebsten gewesen wäre.

Als jedoch Washington zwischen 1951 und 1954 die EVG-Lösung befürwortete, um die Zustimmung Frankreichs zu erreichen, folgte er flugs der amerikanischen Führung, kam aber alsbald wieder auf die NATO-Lösung zurück (mit der

Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als Kontrollorganisation im Rüstungsbereich), als sich die Außenminister Eden und Dulles nach dem Scheitern der EVG stark genug fühlten, dies durchzusetzen.

Im gesamten Auf und Ab der Ost-West-Spannungen, die Berlin-Krisen von 1958–1962 mit Inbegriffen, hielt er durchgehend am Primat der NATO unter amerikanischer Führung fest. Ausgerechnet in jener historischen Woche Mitte Januar 1963, als er sich urplötzlich dazu entschloss, de Gaulle anstelle eines deutsch-französischen Regierungsabkommens einen ratifikationsbedürftigen Vertrag vorzuschlagen, vereinbarte er zum Verdruss de Gaulles mit den USA eine deutsche Beteiligung an der NATO-Atomstreitmacht Multilateral Force (MLF). Unter Erhard und Schröder wurde zwar später nichts aus diesem Vorhaben, doch Adenauer hatte damit wiederum zum Ausdruck ge-

brachte, wie genau ihm selbst in der „gaullistischsten“ Phase seiner Kanzlerschaft bewusst war, dass die exponierte Bundesrepublik in jenen Fragen, wo es möglicherweise wirklich um die Existenz ging, und das waren die Fragen des Kernwaffenbesitzes und des Kernwaffeneinsatzes, auf Gedeih und Verderb vom Funktionieren der NATO-Allianz und zugleich damit von den USA abhing.

Aus seiner Sicht bestand für ihn seit dem Frühjahr 1946, als noch viele den kommenden Kalten Krieg für vermeidbar hielten, an der ausschlaggebenden Bedeutung Amerikas überhaupt kein Zweifel. Wenige Wochen, nachdem er in Bad Hersfeld zum vorläufigen Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone gewählt worden war, schrieb er am 16. März 1946 an den einstigen sozialdemokratischen Kölner Reichstagsabgeordneten Wilhelm Sollmann, der damals an einem Quäker-College in Pennsylvania das harte Brot der Emigration aß: „Asien steht an der Elbe... Helfen Sie doch, die Überzeugung in den USA zu verbreiten, dass die Rettung Europas nur mit Hilfe der USA erfolgen kann und dass die Rettung Europas auch für die USA wesentlich ist.“

Amerikanische Dominanz

Sollmann konnte natürlich überhaupt nicht helfen. Der Brief ist aber charakteristisch für die grundsätzliche Auffassung Adenauers von den damaligen Machtverhältnissen zu Beginn des Kalten Krieges. Daran sollte sich künftig nichts mehr ändern, und Adenauer war sich durchaus darüber im Klaren, dass die amerikanische Dominanz so gut wie alle Dimensionen erfasste, die damals aus westdeutscher Sicht von Bedeutung waren:

- Wiederaufbau der Wirtschaft (Marshallplan, Comeback auf die Weltmärkte, doch auch die Wirtschaftsordnung in Westdeutschland selbst);
- Herauskommen aus der Besatzungsherrschaft, da Amerika im Kalten Krieg

das westdeutsche Wirtschafts- und Militärpotential sowie das geostrategische Glacis Westdeutschlands für unverzichtbar hielt;

- Sicherung des exponierten West-Berlin;
- Festlegen der Westmächte auf das Ziel einer Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit und als Club-Mitglied der westlichen Demokratien mittels einer Politik der Stärke unter amerikanischer Führung;
- militärische Verteidigung und Abschreckung.

Auf allen diesen Feldern, doch auch bei der Einigung Europas, konnte es nach Meinung Adenauers nur unter Amerikas Führung vorangehen. Umgekehrt aber war es aus amerikanischer Sicht in starkem Maß das Vertrauen in Adenauer, das aus dem einstigen Kriegsgegner Amerika, wo lange Zeit noch viel Misstrauen unmittelbar unter der Decke lag, die befriedete Schutzmacht werden ließ.

„Der Mann der Amerikaner“

Einer der renommiertesten amerikanischen Journalisten jener Bonner Anfänge war der damals in den USA schon sehr bekannte Theodore H. White. Er beschrieb später in seinen Memoiren, wie die amerikanischen Verbindungsoffiziere im Parlamentarischen Rat die Orientierung der damaligen deutschen Spitzopolitiker einschätzten. Der Sozialist Kurt Schumacher, so vermerkte er, war der Mann der Briten. Die Franzosen setzten auf Carlo Schmid. Walter Ulbricht in Berlin, fügte er hinzu, war der Mann der Russen.

Adenauer aber, so lesen wir hier, war „unser Mann“ – der Mann der Amerikaner, der Favorit General Clays und Washingtons, dem sie zutrauten, Westdeutschland an die Seite des Westens zu führen und dort zu halten. Tatsächlich jedoch, so schloss White diese Betrachtung, war Adenauer Deutschlands Mann, der aus List oder aus aufrichtiger Überzeu-

gung alles tat, Deutschlands Macht zu restaurieren.

Wenn es von 1948 bis Anfang der sechziger Jahre in Westeuropa einen Spitzopolitiker gab, den man in der Tat mit Fug und Recht als „Mann der Amerikaner“ bezeichnen konnte, dann war das Adenauer. So verstand er sich selbst, weil er von der Auffassung ausging, dass die damals maßgeblichen Zielvorstellungen der Europapolitik Washingtons mit den wohlverstandenen Interessen der Bundesrepublik mehr oder weniger identisch waren. Und wenn dann doch da oder dort die unvermeidlichen Differenzen auftauchten, so war es eben die Aufgabe bundesdeutscher Staatskunst, dies im Dauerdialog möglichst hinter den Kulissen auszugleichen.

Adenauers prononziert pro-amerikanischer Kurs entsprang jedenfalls in erster Linie einer realpolitischen Lagebeurteilung. Somit war er sich auch über die Ambivalenz der weitgehenden Abhängigkeit von den USA völlig im Klaren. Auch dazu ohne detaillierte Erörterung nur einige wenige Stichworte.

Da sich Amerika nach dem Ersten Weltkrieg schon einmal militärisch wieder völlig aus Europa zurückgezogen hatte, sah Adenauer während der ganzen fünfziger Jahre im Neu-Isolationismus eine Option der USA. Von den Anfängen der Eisenhower-Administration an bis weit in die Mitte der fünfziger Jahre hinein hielt er ständig und meist übermäßig alarmiert Ausschau nach einem Wiederaufleben isolationistischer Neigungen.

Genauso problematisch erschien ihm die rasch zunehmende nukleare Verwundbarkeit Amerikas. Nukleare Erpressbarkeit, Präferenz für begrenzte konventionelle Kriegsführung nur in Europa, ständige Versuchung, der Kriegsgefahr durch Konzessionen auf Kosten des deutschen Verbündeten zu entkommen – solche Befürchtungen haben ihn nie losgelassen, vor allem nicht in den Jahren der

Administrationen Kennedys und Johnsons.

Ein weiterer Grund zur Dauersorge war auch eine mögliche Gewichtsverlagerung von Europa in den pazifischen Raum, spürbar vor allem beim amerikanischen Vietnam-Engagement der sechziger Jahre. Auch die latent oder offen besonders in der Demokratischen Partei und in jüdischen Kreisen durchweg noch lebendigen anti-deutschen Vorbehalte beunruhigten ihn und schienen aus seiner Sicht ein Dauerfaktor, aus dem amerikanische Ambivalenz resultierte.

Adenauers Misstrauen

Überhaupt sah er die USA in ständiger Versuchung, mit der rivalisierenden Supermacht UdSSR Vereinbarungen auf Kosten der Verbündeten abzuschließen. Auf gut kölsch nannte er das: Amerika könnte eines Tages mit Russland „kippe machen“.

Bereiche, in denen dies drohte, gab es zuhauf: Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, Berlin-Status, Oder-Neiße-Linie, Ausrüstung der Bundeswehr mit Trägersystemen zum Einsatz von Kernwaffen, Rüstungskontrollarrangements über Luftinspektionszonen oder über kernwaffenfreie Zonen oder über die Non-Proliferation. Vor allem zwischen 1961 und 1967 sah Adenauer Amerika in dieser Hinsicht auf Abwegen und zog daraus den Schluss, sich enger, wenngleich nicht ausschließlich, an de Gaulle zu halten, der in vielerlei Hinsicht von ähnlichem Misstrauen beseelt war.

Wenn von Adenauers Misstrauen gegen die Amerikaner die Rede ist, sollte man allerdings hinzufügen: er traute keinem Land und keinem Spitzopolitiker, weder Frankreich oder de Gaulle, noch England mit Churchill, Eden und Macmillan, schon gar nicht den Italienern, natürlich am wenigsten den Russen (aber auch nicht seinen lieben Deutschen). Eine lange Lebenserfahrung hatte

ihn darüber belehrt, dass eher das Schlimme eintritt als das Erwünschte und eher das Unerwartete als die Fortsetzung des Gewohnten. Wenn bei ihm seit den frühen sechziger Jahren Frankreich mit de Gaulle zunehmend dieselbe Priorität erhielt wie zuvor allein Amerika, so war dies weniger das Ergebnis seines Zutrauens als seines Misstrauens. Dass de Gaulles ein hochmütiger französischer Nationalist mit wenig Verständnis für die Integration Europas war (auf Deutschland in ambivalenter Emotionalität fixiert), brauchte man ihm nicht zu sagen. Wenn er sich dennoch auf einen spektakulären deutsch-französischen Bilateralismus einließ, so nicht allein als Gegengewicht zu den USA, sondern auch deshalb, weil er besorgt war, de Gaulle könnte die russische Karte spielen und die Bundesrepublik an Moskau verraten.

Die langjährige Option für Amerika hat sich (doch dies muss hier unerörtert bleiben) auch stark auf Adenauers wirtschaftspolitische Strategien ausgewirkt. Die vor allem in der Adenauerschen Frühzeit sehr stark marktwirtschaftliche und im Rahmen des Möglichen freihändlerische Grundorientierung entsprach nicht allein der deutschen Interessenlage, sondern ebenso den Vorstellungen der USA. Das Wirtschaftswunder, das internationale Comeback des deutschen Kernstaates im Westen, die Stabilisierung der Demokratie, die Sicherheit des damals sehr exponierten, druckempfindlichen westdeutschen Staates, die Wiederherstellung des wirtschaftlichen und auch des moralischen Kredits, selbst die Mitwirkung an der damals von Washington

gerade erzwungenen Integration der Volkswirtschaften Westeuropas – alle weitreichenden Leistungen oder Merkmale Adenauerscher Außenpolitik waren in erster Linie nur möglich geworden dank der überwältigenden politischen und wirtschaftlichen Stärke, aber auch dank der kulturellen Einflüsse Amerikas.

Adenauer wusste das, sagte das auch immer wieder und zögerte keinen Moment, die Hegemonie der USA anzuerkennen: „Es bleibt auch dabei“, so führte er im April 1958 aus, dass innerhalb der freien Welt die Vereinigten Staaten das einzige Land sind, das die Führerschaft beanspruchen... kann.“

Soviel mit recht breitem Pinsel zu Adenauer, dem „Mann der Amerikaner“, der dann gegen Ende seiner Amtszeit und danach mehr und mehr zum „Mann der Franzosen“ beziehungsweise einer Amerika-kritischen Selbstbestimmung Europas wurde.

Wer für ein atlantisches Europa plädiert, kann sich jedenfalls auch auf Adenauer berufen. In seiner testamentarischen Ansprache im Madrider Ateneo am 16. Februar 1967 hat er alles diesbezüglich Wesentliche knapp auf den Punkt gebracht: „Die Interessen Europas und die der Vereinigten Staaten sind nicht immer identisch, und die europäischen Staaten müssen durch die Einigung Europas in die Lage versetzt werden, auch ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Das Wesentliche und Grundsätzliche, die Erhaltung der Freiheit und des Friedens als die höchsten Güter der Menschheit, sind in Amerika und in Europa in gleicher Weise Ziel der Politik.“

Prinzipienstreit über die Weltordnung

„Dass sich Europa und die Vereinigten Staaten strategisch voneinander abgekoppelt haben, ist schlimm genug. Was aber, wenn der Prinzipienstreit über die Weltordnung auch noch die übrigen Sphären dessen infiziert, was wir als den freiheitlichen Westen bezeichnen? Wird der Westen dann noch der Westen sein?“

Robert Kagan am 12. Februar 2004 in *Die Zeit*.